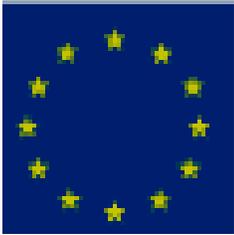


LÄNDERBERICHT



KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

Dr. Peter R. Weilemann
Dezember 2007

Ein Weihnachtsgeschenk besonderer Art:

BELGIEN HAT EINE NEUE ÜBERGANGSREGIERUNG

Knapp zweihundert Tage nach den Parlamentswahlen im Juni dieses Jahres haben sich die führenden Parteien auf eine „neue“ Regierung einigen können. Die jetzt gefundene Lösung zur Überwindung des Stillstandes, der Belgien an den Rand der Staatskrise führte, macht dem sprichwörtlichen „Belgischen Kompromiss“ alle Ehre.

Der neue Premierminister ist der alte, im Juni mit kräftigen Verlusten abgewählte: Guy Verhofstadt. Der flämische liberale Politiker, der in den letzten Wochen die Geschäfte der amtierenden Regierung führte, war am 3. Dezember vom König mit der Regierungsbildung beauftragt worden, nachdem Yves Leterme, der Gewinner der Wahl, auch im zweiten Anlauf gescheitert war eine sogenannte „orange-blaue“ Regierung zu bilden.

Die Regierung Verhofstadt III wird eine Fünf-Parteienkoalition sein aus drei französischsprachigen Parteien – Liberale (MR), Sozialisten (PS) und Demokratisches Zentrum (cdh -einst Christdemokraten-) – und zwei flämischen, den Christlichen Demokraten (CD&V) und den Liberalen (Open VLD); ein Novum in der belgischen Politik, wo immer sehr auf Symmetrie zwischen Wallonie und Flandern geachtet wurde, aber doch Ausdruck des Willen Reformen nur durchzuführen wenn sie von beiden Seiten getragen werden.

Die neue Regierung setzt sich selbst eine Frist nach deren Ablauf dann die, wie es in der flämischen Presse heißt, „vollwertige“ Regierung ins Amt kommen soll. Diese Frist läuft mit dem 23. März 2008 – dem Ostersonntag – aus. Anwärter für das Ministerpräsidentenamt: Yves Leterme.

Die Übergangsregierung wird 14 Minister haben. Neben dem Premier wird es – nur - zwei Stellvertretende Ministerpräsidenten geben: Der derzeit noch amtierende Didier Reynders bleibt in diesem Amt, auch in seiner Funktion als Finanzminister. Zweiter Stellvertreter wird Yves Leterme, der für Staatsreform und Haushalt zuständig sein soll. Insgesamt gehen vier Ministerposten an die flämischen Christdemokraten, je drei an die flämischen und wallonischen Liberalen sowie an die französischsprachigen Sozialisten. Ein Ministerposten steht der cdh zu. Er geht zu Lasten der

Sozialisten. Lange hatten sich die wallonischen Liberalen gegen eine Regierungsbeteiligung des cdh gesperrt und damit ein Scheitern der Übergangsregierung riskiert.

Während es in der Rue de la Loi 10, dem Amtssitz des Premiers, sowie in den anderen von Liberalen geführten Ministerien (Finanzen (Didier Reynders), Innen (Patrick Dewael), Außen (Karel de Gucht) sowie Mittelstand, Landwirtschaft und - neu - Wirtschaft (Sabine Laruelle)) keine Wechsel gibt, müssen sich die Belgier bei den anderen Ressorts kurzfristig neue Namen merken. Die flämischen Christdemokraten stellen den neuen Justizminister, Jo Vandeurzen, seit 2005 Vorsitzender der Partei, und den Verteidigungsminister Pieter der Crem, bis dahin als manchmal recht ruppiger Fraktionsvorsitzender seiner Partei in der Abgeordnetenversammlung bekannt. Mit Inge Vervotten stellen sie auch die Ministerin für öffentliche Unternehmen und den öffentlichen Dienst.

Das Ministerium für Zusammenarbeit und Entwicklung wird künftig von Charles Michel, dem Sohn des EU-Kommissars und aufsteigender Stern in der wallonischen Politik, geführt.

Die wallonischen Sozialisten erhalten die Dossiers Sozialpolitik, Gesundheit und Renten (vermutlich Laurette Onkelix), Nachhaltige Entwicklung mit Energie und Umwelt (vermutlich Didier Donfut) sowie Verkehr (vermutlich Christian Dupont), wobei der genaue Zuschnitt der Ministerien wie auch die Besetzung ein Tag vor der Vereidigung noch offen war.

Den heftig umstrittenen Ministerposten für das cdh (Arbeit und Beschäftigung) wird der langjährige Gewerkschaftsführer Jozly Piette einnehmen.

Auf Staatssekretäre verzichtet die neue Regierung. Auch das ist ein Novum.

Wie wird es weitergehen? Yves Leterme ist beauftragt in den kommenden drei Monaten der Zwischenzeit die schwierigen Fragen der Staatsreform in einer von ihm geleiteten Arbeitsgruppe einer Lösung zuzuführen. Eine zweite Arbeitsgruppe, unter Leitung von Didier Reynders, wird sich den Wirtschafts- und Sozialreformen annehmen. Wenn dies gelingt ist der Weg frei für eine Regierung Leterme.

Mit Blick auf die Handlungsfähigkeit dieser „Post-Verhofstadt III-Regierung“, stellen sich vor allem zwei Fragen. Werden cdh und wallonische Liberale über die Zusammenarbeit in der Föderalregierung zu einem gegenseitigen Verhältnis finden, das über den derzeitigen mehr feindlich als freundlich geprägten modus vivendi hinausgeht? Und gelingt es Yves Leterme und seinen Christdemokraten sich ein Stückchen weiter aus der Abhängigkeit des Kartellpartners NV-A, der separatistisch durchgesetzten Nationalen Flämischen Allianz, zu lösen? Sie ist in der Übergangsregierung nicht im Kabinett vertreten. Sicherlich wird es nach den harten Auseinandersetzungen der letzten Wochen noch mehr

LÄNDERBERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL
DEZEMBER 2007

www.eukas.eu

Wundenlecken geben ohne dass sie ganz verheilen, denn vieles an Positionierungen und - man muss sagen - Parteiengezänk war schon dem Regionalwahlkampf in 2009 geschuldet; auch ein Indiz der zunehmenden Bedeutung der regionalen Ebene. Was aus den mühsam ausgehandelten Koalitionsvereinbarungen von „Orange-Blau“ in Sachpolitiken über die nächsten drei Monate gerettet oder, nunmehr unter Einschluss der Sozialisten, gar umgesetzt werden kann, ist schwer abzuschätzen. Verhofstadt wird in seiner Regierungserklärung keine neuen Akzente setzen, sondern vor allem Schadensbegrenzung leisten. Bereits im November hatte die Belgische Zentralbank bekannt gegeben, dass sich die anhaltende Regierungskrise negativ auf die Wirtschaft auswirke und hinzugefügt, in dem Moment wo sich dies zeige, sei es schon zu spät den Schaden zu verhindern. Das dringendste Problem für den belgischen Bürger ist derzeit die zunehmende Inflation und schwindende Kaufkraft.

Für den ausländischen Beobachter steht natürlich die Frage im Vordergrund wie geht es weiter mit Belgien. Die Art und Weise wie die Debatten in den letzten Monaten geführt wurde, hat bei vielen Zweifel aufkommen lassen, ob das Königreich überhaupt noch eine Zukunft habe. Die Sorge, dass der Staat zerfällt, ist nicht ganz beseitigt und man wird die unterschweligen gesellschaftlichen Entwicklungen und Strömungen, die jetzt teilweise an die Oberfläche kamen, weiter sorgfältig beobachten müssen; immerhin können Parteien in Flandern mit separatistischer Programmatik mehr als ein Viertel der Wähler auf sich ziehen. Aber die Sorge um die Einheit des Landes muss heute nicht mehr ganz so groß sein. Umfragen der letzten Tage zeigen, dass es keine Mehrheiten für eine Trennung des nördlichen vom südlichen Teil Belgiens gibt. Darum ging es in den bisherigen Verhandlungen auch nicht. Die Flamen wollen vor allem die wirtschafts- und sozialpolitischen Geschicke für ihre Region allein bestimmen und sich damit allerdings auch aus der Solidarität mit der derzeit ärmeren Wallonie lösen; Zehn Mrd. Euro an Transferleistungen könnten damit eingespart werden, wird kolportiert. Will man den vergangenen Monaten etwas positives abgewinnen, dann vielleicht dies, dass das Bewusstsein, die immer wieder aufgeschobene Staatsreform jetzt einem Ende oder zumindest einer neuen Stufe zuzuführen, in den südlichen Teilen des Landes etwas wacher und in Flandern etwas realistischer geworden ist.

Die Regierung Verhofstadt III hat mit 101 von 150 Stimmen die theoretisch notwendige Zweidrittelmehrheit eine Verfassungsreform einzuleiten. Zunächst aber einmal muss der alte Premier mit Mehrheit neu im Amt bestätigt werden. Das soll am Sonntag vor Heilig Abend nach zehnstündiger Debatte im Parlament (Kammer) geschehen. Ein richtiges Weihnachtsgeschenk sei die neue Regierung aber nicht, mäkelte mancher zu Recht, soll es doch nur bis Ostern halten.